Antrag

Initiator*innen: Studentischer Sprecher*innenrat

Titel: „Verfasste Studierendenschaft – JETZT!“

Antragstext

1 Das Studierendenparlament unterstützt den Vorschlag der Studentischen
2 Senator*innen, mittels vorliegender Grundordnungsänderung eine Verfasste
3 Studierendenschaft an der Universität Würzburg zu etablieren.

Begründung

Mit dem neuen Bayerischen Hochschulinnovationsgesetz (BayHIG), das am 01.01.2023 in Kraft trat, hat die Bayerische Staatsregierung die Chance verpasst, die Stärkung der Studierendenvertretung mittels Einführung einer Verfassten Studierendenschaft zu realisieren. Mit Aussagen wie „Ich habe noch nie einen Studierenden getroffen, der die Verfasste Studierendenschaft einfordert“ hat sich Staatsminister Blume an eigener Dummheit selbst übertroffen.

Mit der Innovationsklausel aus Art. 126 Abs. 1 BayHIG hat das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (StMWK) die Möglichkeit für die Hochschulen geschaffen, von den Bestimmungen des BayHIG abzuweichen, um die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Qualitätssicherung der Hochschulen zu stärken.

In einer ersten Phase wurde Ende Dezember vom Universitätsrat die Grundordnung dergestalt geändert, dass die rechtlich notwendigen Bestimmungen aus dem BayHIG in die Grundordnung der Uni einfließt. In der zweiten Phase, die nun gestartet ist, wird die Grundordnung um Bestimmungen ergänzt, die mit dem BayHIG möglich, aber nicht notwendig sind. In dieser Phase wollen die Studentischen Senator*innen eine Änderung der Grundordnung in den Universitätsrat einbringen, die eine Verfasste Studierendenschaft für die Universität Würzburg festschreibt.

Der Vorschlag, der dem Studierendenparlament vorliegt, ist auf dem Hochschulgesetz des Landes Baden-Württemberg basierend und vereinigt Passagen aus weiteren Hochschulgesetzen anderer Länder in sich. Im

neuen § 30 wird die Studierendenschaft als Teilkörperschaft der Universität festgeschrieben. Dabei wird die Selbstverwaltung und die Aufgaben der Studierendenschaft konkretisiert. § 31 regelt, dass sich die Studierendenschaft eine eigene Organisationssatzung gibt mit den Gremien der Studierendenvertretung und deren Wahl. Zudem wird die Möglichkeit der Beitragserhebung durch die Studierendenschaft von den Studierenden eingeführt, das die Studierendenschaft mittels Beitragsordnung festlegt. § 32 regelt den Haushalt und die Aufsicht der Studierendenschaft.

Anhang [PDF]

Siebter Teil. Studierendenvertretung

§ 30 Studierendenschaft

(1) Die immatrikulierten Studierenden der Universität bilden die Studierendenschaft. Sie ist eine rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts und als solche eine Gliedkörperschaft der Universität.

(2) Die Studierendenschaft verwaltet ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen selbst. Sie hat die Aufgaben nach Art. 27 Abs. 2 Satz 4 BayHIG. Darüber hinaus hat sie die Aufgabe, die politische Bildung und das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein der Studierenden zu fördern; in diesem Sinne nimmt sie für ihre Mitglieder ein politisches Mandat wahr.

(3) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ermöglicht die Studierendenschaft den Meinungs austausch in der Gruppe der Studierenden und kann insbesondere auch zu solchen Fragen Stellung beziehen, die sich mit der gesellschaftlichen Aufgabenstellung der Hochschule, ihrem Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung sowie mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Abschätzung ihrer Folgen für die Gesellschaft und die Natur beschäftigen.

(4) Die Studierendenschaft wahrt nach den verfassungsrechtlichen Grundsätzen die weltanschauliche, religiöse und parteipolitische Neutralität.

(5) Beabsichtigt die Studierendenschaft, nicht nur vorübergehend konkrete Aufgaben oder Angebote innerhalb ihrer Zuständigkeit wahrzunehmen, die bereits von dem für die Hochschule zuständigen Studierendenwerk wahrgenommen werden, bedarf die Studierendenschaft für die Wahrnehmung der Aufgaben des Einvernehmens des Studierendenwerks. Beabsichtigt die Studierendenschaft, nicht nur vorübergehend Sportaktivitäten anzubieten, die für sie mit erheblichen finanziellen Kosten verbunden sind, erfolgt dies im Einvernehmen mit der Hochschule.

§ 31 Organisation der Studierendenschaft; Beiträge

(1) Die Studierendenschaft gibt sich eine Organisationssatzung; sie kann sich weitere Satzungen geben. Der Beschluss über die Organisationssatzung einschließlich ihrer Änderungen bedarf der Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der an der Abstimmung teilnehmenden Studierenden. Die Satzungen der Studierendenschaft macht das Präsidium der Universität in der für Universitätssatzungen vorgesehenen Weise als Satzungen der Gliedkörperschaft bekannt.

(2) Die Organisationssatzung legt die Zusammensetzung der Organe der Studierendenschaft und deren Zuständigkeit, die Beschlussfassung und die Bekanntgabe der Beschlüsse sowie die Grundsätze für die Wahlen fest, die frei, gleich, allgemein und geheim sind; Art. 27 Absatz 2 Satz 2 BayHIG bleibt unberührt. Die Studierenden der Universität haben das aktive und passive Wahlrecht.

(3) Das Kollegialorgan der Studierendenschaft (legislatives Organ) organisiert sich nach demokratischen Grundprinzipien in parlamentarischen Strukturen. Die Organisationssatzung sieht ein exekutives Kollegialorgan vor; die Anzahl der Mitglieder des exekutiven Organs wird in der Organisationssatzung festgelegt. Das exekutive Organ der Studierendenschaft hat eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden, die oder der die Studierendenschaft vertritt. Die Organisationssatzung legt die Grundsätze für die Wahl der oder des Vorsitzenden fest und kann auch die Wahl von zwei Vorsitzenden vorsehen, welche die Studierendenschaft gemeinschaftlich vertreten. Sofern auf zentraler Ebene der Studierendenschaft keine unmittelbar von den Studierenden gewählten Vertreterinnen oder Vertreter handeln, ist die Legitimation dieser Vertreterinnen oder Vertreter aus anderen Organen der Universität oder der Studierendenschaft sicherzustellen, deren Mitglieder

unmittelbar gewählt werden. Die Organisationssatzung kann vorsehen, dass die studentischen Senatsmitglieder dem legislativen Organ als stimmberechtigte Amtsmitglieder angehören; ferner soll sie vorsehen, dass die Wahlen zu den Vertreterinnen oder Vertretern der Studierendenschaft gleichzeitig mit der Wahl zu den studentischen Senatsmitgliedern stattfinden und die Wahlperiode ein Jahr beträgt; die Wahlen können sich auf mehrere Tage erstrecken.

(4) Die Studierenden einer Fakultät bilden eine Fachschaft, die eigene Organe wählen kann. Das Weitere regelt die Organisationssatzung der Studierendenschaft, die auch vorsehen kann, dass die jeweiligen studentischen Fakultätsratsmitglieder Organen der Fachschaft angehören. Die Organe der Fachschaft nehmen die fakultätsbezogenen Studienangelegenheiten und Aufgaben im Sinne des § 30 Absatz 2 auf Fakultätsebene wahr.

(5) Die Universität stellt der Studierendenschaft Räume unentgeltlich zur Verfügung. Für die Erfüllung ihrer Aufgaben erhebt die Studierendenschaft nach Maßgabe einer Beitragsordnung angemessene Beiträge von den Studierenden. In der Beitragsordnung sind die Beitragspflicht, die Beitragshöhe, die Fälligkeit der Beiträge und eine Befreiungsmöglichkeit von der Beitragspflicht zu regeln; die Beitragsordnung wird als Satzung erlassen. Bei der Festsetzung der Beitragshöhe sind die sozialen Belange der Studierenden zu berücksichtigen. Die Beiträge werden von der Universität unentgeltlich eingezogen.

(6) Die Organe der Studierendenschaft haben das Recht, im Rahmen ihrer Aufgaben Anträge an die zuständigen Kollegialorgane der Universität zu stellen; diese sind verpflichtet, sich mit den Anträgen zu befassen. Die Studierendenschaft kann nach Maßgabe ihrer Organisationssatzung jeweils eine Vertreterin oder einen Vertreter benennen, die oder der an allen Sitzungen des Senats und des Fakultätsrats mit beratender Stimme teilnehmen kann.

(7) Die Mitglieder in den Organen der Studierendenschaft üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Das legislative Organ kann eine angemessene Aufwandsentschädigung festsetzen. Für die Tätigkeit in den Organen der Studierendenschaft dürfen die Mitglieder wegen ihrer Tätigkeit in der Selbstverwaltung nicht benachteiligt werden. Für die Tätigkeit in den Organen der Studierendenschaft während mindestens eines Jahres kann bei der Berechnung der Prüfungsfristen bis zu einem Studienjahr unberücksichtigt bleiben; die Entscheidung darüber trifft die Präsidentin oder der Präsident.

(8) Die Organisationssatzung der Studierendenschaft soll die Einrichtung einer Schlichtungskommission vorsehen. Die Schlichtungskommission kann von jeder oder jedem Studierenden der Universität mit der Behauptung angerufen werden, die Studierendenschaft habe in einem konkreten Einzelfall ihre Aufgaben nach § 30 Absätze 2 bis 4 überschritten. Einzelheiten der Schlichtungskommission einschließlich ihrer Besetzung regelt die Organisationssatzung der Studierendenschaft.

§ 32 Haushalt der Studierendenschaft; Aufsicht

(1) Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung sind die für den Freistaat Bayern geltenden Vorschriften, insbesondere die §§ 105 bis 111 BayHO, entsprechend anzuwenden; die Aufgabe des zuständigen Ministeriums und des Finanzministeriums im Sinne der §§ 105 bis 111 BayHO übernimmt das Präsidium der Universität. Die Organisationssatzung legt fest, wer die Entscheidung über die Führung eines Wirtschaftsplans (§ 110 BayHO) anstelle eines Haushaltsplans (§ 106 BayHO) trifft. Die Beschäftigten der Studierendenschaft unterliegen derselben Tarifbindung wie Beschäftigte der Universität.

(2) Das exekutive Kollegialorgan nach § 31 Absatz 3 Satz 3 bestellt eine Beauftragte oder einen Beauftragten für den Haushalt im Sinne des § 9 BayHO, die oder der die Befähigung für den gehobenen Verwaltungsdienst hat oder in vergleichbarer Weise über nachgewiesene Fachkenntnisse im Haushaltsrecht verfügt. Dienststelle der oder des Beauftragten für den Haushalt im Sinne des § 9 Absatz 1 Satz 1 BayHO ist die Gliedkörperschaft. Sie oder er ist unmittelbar der oder dem Vorsitzenden des exekutiven Organs nach § 31 Absatz 3 Satz 4 unterstellt; die oder der Vorsitzende gilt als Leiterin oder Leiter der Dienststelle im Sinne des § 9 Absatz 1 Satz 2 BayHO. Die Finanzreferentin oder der Finanzreferent der Studierendenschaft arbeitet mit der oder dem Beauftragten für den Haushalt zusammen. Die Kosten der oder des Beauftragten für den Haushalt trägt die Studierendenschaft. Von Satz 1 kann in begründeten Ausnahmefällen mit Zustimmung des Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst abgewichen werden.

(3) Die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Studierendenschaft unterliegt der Prüfung durch den Rechnungshof. Die Studierendenschaft beauftragt zur Rechnungsprüfung darüber hinaus eine fachkundige Person mit der Befähigung für den gehobenen Verwaltungsdienst, die nicht mit der oder dem Beauftragten für den Haushalt gemäß Absatz 2 Satz 1 identisch ist, oder die Verwaltung der Hochschule mit deren Einvernehmen. Die Entlastung erteilt das Präsidium der Universität. Das exekutive Organ der Studierendenschaft hat die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen nach Abschluss der Rechnungslegung hochschulöffentlich bekanntzumachen. Wurde ein Wirtschaftsplan geführt, ist der Jahresabschluss hochschulöffentlich bekanntzumachen.

(4) Für Verbindlichkeiten haftet die Studierendenschaft nur mit ihrem Vermögen. Die Universität und der Freistaat Bayern haften nicht für Verbindlichkeiten der Studierendenschaft.

(5) Studierende, die vorsätzlich oder grob fahrlässig die ihnen obliegenden Pflichten verletzen, insbesondere Gelder der Studierendenschaft für die Erfüllung anderer als der in § 30 Absätze 2 bis 4 genannten Aufgaben verwenden, haben der Studierendenschaft den ihr daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Für die Verjährung von Ansprüchen der Studierendenschaft gelten Art. 78 BayBG und § 48 BeamtStG entsprechend.

(6) Die Studierendenschaft untersteht der Rechtsaufsicht des Präsidiums der Universität. Für die Rechtsaufsicht gelten Art. 10 Absatz 1, 3, 4 und 5 BayHIG entsprechend; die Aufgabe des Wissenschaftsministeriums übernimmt das Präsidium der Universität. Die Satzungen und der Haushaltsplan bedürfen der Genehmigung des Präsidiums der Universität. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn die Satzung oder der Haushaltsplan rechtswidrig ist.

(7) Eine wirtschaftliche Betätigung der Studierendenschaft ist nur innerhalb der ihr obliegenden Aufgaben und nur insoweit zulässig, als die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Studierendenschaft und zum voraussichtlichen Bedarf steht. Darlehen darf die Studierendenschaft nicht aufnehmen oder vergeben; sie darf ein Girokonto auf Guthabenbasis führen. Die Beteiligung der Studierendenschaft an wirtschaftlichen Unternehmen oder die Gründung wirtschaftlicher Unternehmen bedarf der vorherigen Zustimmung des Präsidiums der Universität.

§ 33 Vertretung der Studierenden in Gremien und Ausschüsse; Studierendenschaft

(1) Soweit nicht anders geregelt, werden studentische Vertreterinnen oder Vertreter in Gremien und Ausschüssen der Universität auf Vorschlag der Studierendenschaft benannt.

(2) Die Organisationssatzung der Studierendenschaft soll Regelungen über einen Studierendenentscheid beinhalten.